

Schwerpunkte und Tendenzen in der Rechtsetzung der Kantone / Quelques éléments marquants de la législation cantonale récente

Institut für Föderalismus der Universität Freiburg | *Die Kantone bleiben in ihrer Rechtsetzungstätigkeit sowohl im autonomen Wirkungsbereich als auch im Bereich der Umsetzung von Bundesrecht sehr aktiv. Im folgenden (zweisprachigen) Beitrag werden einige Schwerpunkte und Tendenzen herausgegriffen, welche die kantonale und die interkantonale Rechtsetzung in der Zeitspanne zwischen Mai 2010 und April 2011 geprägt haben.¹*

Institut du Fédéralisme de l'Université de Fribourg | *Les cantons déploient une intense activité législative, que ce soit dans leur domaine de souveraineté ou dans la mise en œuvre du droit fédéral. Rédigé dans deux langues, le texte qui suit dégage quelques tendances marquantes et points forts de l'activité législative cantonale et intercantonale entre mai 2010 et avril 2011.¹*

Inhaltsübersicht / Table des matières

- 1 Einleitung – Introduction
- 2 Kantonsverfassungen – Constitutions cantonales
- 3 Territoriale Gliederung und Behördenorganisation – Découpage territorial et organisation des autorités
 - 3.1 Territoriale Gliederung – Découpage territorial
 - 3.2 Behördenorganisation – Organisation des autorités
- 4 Ausgewählte Rechts- und Sachbereiche – Domaines légaux et pratiques spécifiques
 - 4.1 Polizeirecht – Police
 - 4.2 Bildung und Erziehung – Instruction publique
 - 4.3 Wirtschaft und Finanzen – Économie et finances
 - 4.4 Planungs- und Baurecht – Aménagement du territoire et droit de la construction
- 5 Interkantonale Vereinbarungen – Conventions intercantionales
 - 5.1 Rechtsvereinheitlichung über Konkordate – Uniformisation du droit par le biais des concordats
 - 5.2 Interkantonale Koordination der Aufgabenerfüllung – Coordination intercantonale en matière d'exécution
 - 5.3 Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gemäss IRV – Collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges selon l'ACI

1 Einleitung – Introduction

Der Wagen der Gesetzgebungsmaschinerie rollt in den Kantonen zügig weiter. Dies widerspiegelt sich unter anderem in der Anzahl Erlasse, die in den Kantonen in Kraft sind: Während im Vorjahr die gesamte Rechtslandschaft der Kantone ca. 17'500 Erlasse aufwies, sind zum heutigen Zeitpunkt rund 17'800 Erlasse in Kraft. Am meisten Erlasse zählt mit 1'275 die Rechtsordnung des Kantons Neu-

enburg, während sich der Kanton Appenzell Ausserrhoden mit 329 durch die geringste Anzahl Erlasse auszeichnet.²

Getragen werden die Rechtsentwicklungen oftmals vom Bedürfnis nach Rechtsvereinheitlichung, zum Beispiel im Bildungs-, Stipendien- oder Bauwesen. Das voranschreitende Auseinanderklaffen von funktionalen und politischen Räumen, insbesondere im Bereich der Agglomerationen, begünstigt sodann die Tendenz zu Gemeindefusionen und zur Schaffung von Metropolitan- und Regional-konferenzen. Im Bereich der Wirtschaft und Steuern wirkt darüber hinaus auch der interkantonale Wettbewerb als Antriebsfeder für gesetzgeberische Innovationen. Schliesslich wird die Agenda der kantonalen Rechtsetzung nach wie vor durch bedeutende Reformen des Bundesrechts bestimmt, die es – teilweise in Verschachtelung mit eigenen Reformen – umzusetzen gilt.

Im vorliegenden Beitrag können lediglich einige thematische Schwerpunkte herausgegriffen werden, welche die Rechtsetzungstätigkeit der Kantone zwischen Mai 2010 und April 2011 geprägt haben. Nach einer Übersicht über die wichtigsten Verfassungsänderungen (Kap. 2) wird kurz auf bedeutsame Reformen im Bereich der territorialen Gliederung und der Behördenorganisation eingegangen (Kap. 3). Anschliessend kommen einige Änderungen in ausgewählten Rechts- und Sachbereichen zur Sprache (Kap. 4), bevor die neueren Entwicklungen des interkantonalen Rechts aufgegriffen werden (Kap. 5).

2 Kantonsverfassungen – Constitutions cantonales

In der untersuchten Zeitspanne (Mai 2010 bis April 2011) wurde in keinem Kanton die Verfassung totalrevidiert;³ in Genf ist das Verfahren zur Totalrevision noch hängig.⁴

In mehreren Kantonen kam es zu Teilrevisionen der Verfassung. Dabei sind folgende Änderungen hervorzuheben:

- Im Zuge des Inkrafttretens der **eidgenössischen Prozessordnungen**⁵ auf den 1. Januar 2011 passten die Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden,⁶ Obwalden, Solothurn, Uri, Zürich und Zug ihre Behördenorganisation durch entsprechende Verfassungsrevisionen an.
- Im Kanton Aargau wurde die **Gemeindereform** vorangetrieben. Neu muss die Bezirkszuteilung von Gemeinden nicht mehr auf Gesetzebene erfolgen, sondern es genügt hierzu ein Entscheid des Grossen Rats in Form eines Dekrets. Das Anhörungsrecht der Gemeinden bleibt gewahrt. Falls eine Gemeinde die Zuteilung ablehnt, unterliegt der Beschluss des Grossen Rats der fakultativen Volksabstimmung.⁷
- Im Weiteren haben sich mehrere Kantone mit dem Verfahren des kantonalen **Stimm- und Wahlrechts** befasst. So werden im Kanton Neuenburg künftig die

- beiden Vertreter für den Ständerat nach dem Proporzwahlssystem gewählt.⁸ Nach dem Kanton Jura ist dies der zweite Kanton, der das Wahlverfahren für den Ständerat von Majorz zu Proporz geändert hat. Sowohl im Kanton Bern als auch im Kanton Basel-Stadt scheiterten Bestrebungen, Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen auf kommunaler Ebene ein Stimm- und Wahlrecht einzuräumen, in den Volksabstimmungen vom 26. September 2010. Im Kanton Thurgau können die Stimmberechtigten neuerdings bei Volksinitiativen mit Gegenvorschlag des Grossen Rats ein doppeltes Ja abgeben; ausserdem darf bei der Stichfrage angegeben werden, welcher Vorlage der Vorzug gegeben wird, falls beide angenommen werden.⁹ Das kantonale Recht wurde damit dem Verfahren des Bundes angepasst.¹⁰
- Im Kanton Appenzell Ausserrhoden ist der Versuch der Wiedereinführung der **Landsgemeinde** gescheitert.
 - Im Kanton Uri erforderte schliesslich das neue kantonale **Bürgerrechtsgesetz** eine Anpassung der Kantonsverfassung (vgl. im Einzelnen Kap. 3.2).

3 Territoriale Gliederung und Behördenorganisation – Découpage territorial et organisation des autorités

3.1 Territoriale Gliederung – Découpage territorial

Im Bereich der territorialen Gliederung sind zunächst die Bemühungen in einigen Kantonen zu nennen, die **Bezirksverwaltungsstrukturen** neu zu gestalten. Die entsprechenden Reformen befinden sich in unterschiedlichen Stadien:

- Am 13. Juni 2010 hat das Stimmvolk des Kantons Aargau einer Vorlage betreffend Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung zugestimmt. Damit führt der Kanton das Staatsanwaltschaftsmodell ein und verabschiedet sich von seiner bisher dreistufig organisierten Strafverfolgung mit sechs Staatsanwaltschaften. Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht stehen auf Bundesebene weitere Gesetzesänderungen an, die wesentliche Auswirkungen auf die übrigen Aufgaben der Bezirksämter haben. Deshalb werden die Bezirksämter per 2012 aufgehoben.¹¹
- Im Kanton Appenzell Innerrhoden schreiten die Vorbereitungen für eine Strukturreform weiter voran. Der Grosse Rat hat nun die Standeskommission mit der Ausarbeitung eines Landsgemeindebeschlusses zur Revision der Kantonsverfassung beauftragt. Geplant ist, alle Bezirke im inneren Landesteil zusammenzuschliessen, sodass der Kanton in fünf Jahren nur noch aus zwei Bezirken bestehen soll.¹²
- Die Regierung des Kantons Graubünden hat den Bericht über die Gemeinde- und Gebietsreform verabschiedet. Darin legt sie dem Grossen Rat die nötigen Grundsatzentscheide zur künftigen Reformstrategie vor. Der Bericht soll eine

breite Strategiediskussion anregen. Nach Ansicht der Regierung ist eine umfassende Strukturreform unter Einbezug aller Staatsebenen notwendig und teilweise auch dringend. Die heutigen Strukturen sollen grundlegend vereinfacht werden, da der Kanton mit gegenwärtig 178 selbstständigen politischen Gemeinden, 39 Kreisen, 11 Bezirken, 13 Regionalverbänden und über 400 Gemeindeverbindungen als überstrukturiert erachtet wird. Die Gebietsreform verfolgt namentlich das Ziel, den Kanton in die drei Staatsebenen Kanton, Regionen und Gemeinden zu gliedern.¹³

- Nicht immer verlaufen Umstrukturierungsbemühungen indes erfolgreich. So hat etwa der Staatsrat des Kantons Freiburg zu starkem Widerstand gegen den Vorschlag einer Arbeitsgruppe ausgemacht, wonach die Anzahl Bezirke im Kanton von sieben auf drei hätte reduziert werden sollen.¹⁴

Unter dem Gesichtspunkt der territorialen Strukturen ragt sodann der Trend zu **Gemeindefusionen** hervor. Momentan ist fast jede fünfte Schweizer Gemeinde in ein konkretes Fusionsprojekt involviert.¹⁵ Entsprechend nimmt der Gemeindebestand in der Schweiz weiter ab. Zu Beginn des Jahres 2011 gab es noch 2551 Gemeinden, 45 weniger als vor einem Jahr. Im Jahr 2010 wurden 58 kommunale Einheiten zu 13 grösseren Gemeinden zusammengelegt.¹⁶

- Zu zahlreichen Gemeindefusionen kam es im Kanton Tessin, wo neun Gemeinden am östlichen Langensee-Ufer zur Gemeinde Gambarogno und fünf Gemeinden zur Gemeinde Monte Ceneri vereint wurden.
- Im Weiteren ist auch der Kanton Glarus von bedeutenden territorialen Veränderungen geprägt. Nachdem an der Landsgemeinde 2006 die Glarner Strukturreform beschlossen und an der Landsgemeinde 2007 bestätigt worden ist, sind die 25 Gemeinden, 18 Schul- und 16 Fürsorgegemeinden sowie 9 Tagwen per 1. Januar 2011 zu den drei Gemeinden Glarus, Glarus Nord und Glarus Süd zusammengeschmolzen. Damit hat das Projekt, die Gemeindestrukturen im Kanton Glarus grundlegend zu vereinfachen, seinen Abschluss gefunden.¹⁷
- Im Kanton Bern fusionieren neun Gemeinden zu deren vier (Lyss, Madiswil, Schwarzenburg und Bettenhausen). Die restlichen Fusionen und Eingemeindungen fanden in den Kantonen Freiburg (Corbières), Solothurn (Riedholz), Graubünden (Grüsch) und Wallis (Mont-Noble) statt.¹⁸

Darüber hinaus sind in zahlreichen Kantonen weitere Gemeindefusionen in Planung, oder es sind Bestrebungen im Gange, die hierfür erforderlichen Rechtsgrundlagen zu schaffen, so in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Freiburg, Graubünden, Jura, Solothurn, Uri und Zürich. Insofern scheinen Gemeindefusionen auch in den nächsten Jahren im Trend zu bleiben.

Weiter Gestalt angenommen hat im Jahr 2010 die Bildung von **Metropolitanregionen** und Regionalkonferenzen. In diesem Kontext sind – zusätzlich zur bereits im Jahr 2009 gegründeten Metropolitanregion Zürich¹⁹ – folgende Entwicklungen hervorzuheben:

- Im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz regte der Kanton Aargau an, die **«Metropolitankonferenz Basel»** zu schaffen. Dieser Vorschlag stiess bei den beteiligten Kantonen (beide Basel, Solothurn, Jura und Bern) grundsätzlich auf Zustimmung. Die Metropolitankonferenz Basel soll nicht als neue Institution, sondern als Koordinationskonferenz ausgestaltet werden.²⁰
- Im Weiteren ist in der Region Bern die Idee entstanden, ein Politik-, Verwaltungs- und Service-public-Zentrum zu errichten, das eine politische Schaltzentrale mit nationaler und internationaler Vernetzung bilden soll. Die Vertreter der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis, von siebzehn Gemeinden und drei regionalen Organisationen gründeten hierzu den Verein **«Hauptstadtregion Schweiz»**. Ziel ist es, die gemeinsame Identität zu stärken, die Nähe der Politik als wirtschaftliches Kapital vermehrt zu nutzen und die Hauptstadtregion im Raumkonzept ähnlich wie die (übrigen) Metropolitanräume zu positionieren.²¹
- In transnationaler Hinsicht ist sodann die deutsch-französisch-schweizerische **Trinationale Metropolregion Oberrhein** zu nennen, die am 9. Dezember 2010 gegründet worden ist. Sie soll den Rahmen dafür bieten, den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalt der Region Oberrhein zu verstärken.²²
- Gescheitert ist dagegen die Schaffung der **Regionalkonferenz Thun Oberland-West**, da sich eine Mehrheit von 29 von 55 Gemeinden an der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 gegen das Projekt ausgesprochen hat.²³

3.2 Behördenorganisation – Organisation des autorités

Aktiv in der Umgestaltung der Behörden sind die Kantone weiterhin bei der Frage der **Zuständigkeit für Einbürgerungen**:

- Im Kanton Schwyz werden neu in allen Gemeinden Einbürgerungskommissionen geschaffen, die über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts entscheiden. Diesen kam bis anhin lediglich vorberatende Funktion zu. Die Gemeinden können die Kompetenz zur Einbürgerung aber auch wie bisher der Gemeindeversammlung übertragen. Die Erteilung des Kantonsbürgerrechts erfolgt neu durch eine kantonsrätliche Kommission.

- Auch der Kanton Aargau strebt eine Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht an. Die Stossrichtung ist hier jedoch noch nicht abschliessend vorgegeben, da verschiedene Varianten in die Vernehmlassung geschickt worden sind.
- Im Kanton Uri stimmte das Stimmvolk einer Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes zu, womit die Zuständigkeit für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts vom Landrat auf den Regierungsrat verlagert wird. Die Kompetenz zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts können die Gemeinden dem Gemeinderat oder einer Bürgerrechtskommission übertragen. Einbürgerungen dürfen aber auch wie bis anhin in der Kompetenz der Gemeindeversammlung liegen.

Weitere Änderungen in der kantonalen Behördenorganisation wird die Revision des **Vormundschaftsrechts** nach sich ziehen, die per 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Verlangt ist von Bundesrechts wegen die Schaffung einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die sich aus drei Mitgliedern zusammensetzen hat; im Übrigen sind die Kantone in der organisatorischen Ausgestaltung frei. Die Kantone planen unterschiedliche Modelle zur Erfüllung der bundesrechtlichen Minimalanforderungen; deren konkrete Umsetzung ist indes verschieden weit fortgeschritten.²⁴

In Bewegung ist auch die kantonale Justizorganisation. In diesem Bereich wurde die Entwicklung durch das Inkrafttreten der **eidgenössischen Prozessordnungen**²⁵ auf den 1. Januar 2011 geprägt. Wesentliche Anpassungen erforderte in diesem Zusammenhang insbesondere die eidgenössische Strafprozessordnung (StPO), womit gesamtschweizerisch das Staatsanwaltschaftsmodell ohne Untersuchungsrichter eingeführt wurde (Staatsanwaltschaftsmodell II). Dabei leitet die Staatsanwaltschaft die gesamte Untersuchung; die Polizei ermittelt unter deren Oberaufsicht. Die meisten Kantone kannten vorher noch ein Modell mit einem Untersuchungsrichter. Entsprechend mussten sie ihre Behördenorganisation rechtzeitig in Einklang mit dem Bundesrecht bringen (vgl. auch Kap. 2 und 3.1 hiervor).

Hinzuweisen ist schliesslich auf die zahlreichen Neuerungen in den Kantonen rund um die Thematik der **Verselbstständigung von Verwaltungsträgern**. Zur Illustration der hohen Rechtsetzungsaktivität auf diesem Gebiet werden folgende beiden Entwicklungen herausgegriffen:²⁶

- Eine bedeutende Entwicklung findet zurzeit in den Kantonen im Bereich der **Public Corporate Governance** statt. So laufen in den Kantonen Bern, Genf, Graubünden, Jura, Waadt und Wallis Bestrebungen, Grundlagen für die Organisation und Steuerung der verselbstständigten Verwaltungseinheiten zu schaf-

- fen oder sind bereits abgeschlossen. Die Kantone beabsichtigen damit, die Rahmenbedingungen für verselbstständigte Verwaltungseinheiten dem aktuellen Wandel – zum Beispiel wegen des verstärkten Wettbewerbs in den Bereichen Elektrizitätsversorgung, öffentlicher Verkehr oder Gesundheitsversorgung – anzupassen sowie die erforderlichen Steuerungsinstrumente (zum Beispiel durch eine Verstärkung und Systematisierung der Aufsicht) zu schaffen.
- Gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Bereich der Verwaltungsorganisation wird sodann auch die am 19. März 2010 vom Parlament verabschiedete (aber noch nicht in Kraft getretene²⁷) **Strukturreform in der beruflichen Vorsorge** auslösen. Die Stossrichtung der Reform besteht darin, die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen zu stärken, strengere Anforderungen an die Akteure in der 2. Säule zu stellen und die Transparenz bei der Verwaltung von Pensionskassen zu erhöhen. Zur Stärkung des Aufsichtssystems wird eine unabhängige Oberaufsichtskommission auf Bundesebene geschaffen; die wichtige Aufgabe der Direktauf sicht wird kantonalisiert.²⁸

4 Ausgewählte Rechts- und Sachbereiche – Domaines légaux et pratiques spécifiques

4.1 Polizeirecht – Police

Le maintien de l'ordre et la sécurité publique se trouvent à la jonction entre les compétences cantonales et les solutions fédérales imposées par des impératifs d'efficacité, mais aussi entre les aspirations à la sécurité et le respect des libertés fondamentales. Il s'agit donc d'éléments très révélateurs du fédéralisme. Dans ce contexte, l'année 2010 n'a connu que peu de votations cantonales, et elle a principalement été marquée par d'intenses discussions destinées à équilibrer les compétences entre la Confédération et les cantons.

4.1.1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit i.e.S. – Ordre public et sécurité stricto sensu

Le 18 juin 2010, le Parlement fédéral a adopté la *Loi fédérale sur les organes de sécurité des entreprises de transports publics (LOST)* (FF 2010 3868)²⁹; celle-ci devrait entrer en vigueur le 1er juin 2011. Les agents de sécurité auront le droit d'être armés, mais pas de procéder à des actes tels que des fouilles ou des arrestations, réservés aux polices cantonales.

Le 29 octobre 2010, la Conférence latine des chefs des départements de justice et police (CLDJP) a adopté le *Concordat sur la culture et le commerce du chanvre*. Cet accord intercantonal est soumis à ratification par les parlements des cantons latins.³⁰

Chacun connaît le Concordat romand sur les entreprises de sécurité de 1996 (RSF 559.6). Le 2 novembre 2010, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) a adopté au niveau suisse un concordat calqué sur le modèle romand. Il s'agit du *Concordat sur les prestations de sécurité effectuées par des personnes privées*.³¹

En matière de sécurité, « *la répartition constitutionnelle des compétences est devenue une véritable pomme de discorde: d'un côté, le maintien de la sécurité intérieure constitue par essence l'une des missions premières de l'Etat, et l'hypothèse même d'une faille n'est pas envisageable; de l'autre, c'est précisément en matière de sécurité intérieure qu'il importe de veiller au strict respect de l'ordre constitutionnel, sur le plan de la répartition des compétences comme sur celui des droits fondamentaux.* » C'est ce que rappelle un postulat Malama du 3 mars 2010,³² qui exige une clarification des compétences de la Confédération en matière de police. Ce postulat a été adopté par le Conseil national le 18 juin 2010 (BO 2010 N 1132), puis accepté par le Conseil fédéral le 28 août 2010 après la clôture de la consultation relative à la *Loi fédérale sur les tâches de police de la Confédération (LPol)*. Ce postulat charge le Conseil fédéral d'établir un rapport sur la répartition constitutionnelle des compétences et la répartition réelle des tâches entre la Confédération et les cantons dans le domaine de la sécurité intérieure. Il s'agit d'examiner, notamment au regard de l'extension demandée par les cantons du champ d'application de la LPol, si la répartition des compétences en vigueur est adaptée à la situation actuelle et aux défis à venir.

En octobre 2010, l'Office fédéral de la police a publié son Rapport sur le résultat de la procédure de consultation (du 27 novembre 2009 au 15 mars 2010) relatif à l'avant-projet de LPol.³³

Par ailleurs, l'accord intercantonal de la coopération assistée par ordinateur des cantons lors de l'élucidation des délits de violence (appelé *Concordat ViCLAS*³⁴) restait soumis à la ratification par les parlements cantonaux suisses en 2010. Il s'agit d'un système d'analyse informatisé qui regroupe des données de police de manière supracantonale pour les traiter au sens d'une analyse opérationnelle de cas.

4.1.2 *Sportveranstaltungen – Manifestations sportives*

Le *Concordat contre la violence dans le sport* (baptisé « Hooligan-Konkordat » en allemand) est entré en vigueur le 1^{er} janvier 2010 (RSF 559.71). Tous les cantons y ont désormais adhéré, ce qui leur permet de garantir le maintien des trois mesures contre la violence dans le sport adoptées par le Parlement fédéral en 2007 – l'interdiction de périmètre, l'obligation de se présenter à la police et la garde à vue – qui étaient limitées dans le temps jusqu'à la fin 2009. Le 28 novembre 2010, les

citoyens de Bâle-Campagne ont adopté à 95.43 pour-cent une modification constitutionnelle nécessitée par l'entrée en vigueur du concordat, à savoir le transfert de la garde à vue à une instance nouvellement créée, le Tribunal des mesures de contrainte.

Cette question controversée a suscité des recours au Tribunal fédéral. En début d'année, les juges de Mont-Repos ont annulé une interdiction de périmètre visant les abords du stade de Tourbillon (Sion) pendant les matches et les trois heures qui précèdent ou suivent les rencontres. En privant un jeune homme du droit d'étayer sa version des faits, le Tribunal cantonal a violé son droit d'être entendu, qui découle de l'art. 29 CF. Le canton du Valais devra verser au hooligan présumé une indemnité pour ses frais.³⁵

Mais par la suite le TF a rejeté le recours des Juristes démocrates zurichois contre le Concordat. La possibilité de placer un hooligan en garde à vue préventive pendant la durée d'un match a été acceptée à une majorité de 4 juges, pour qui une telle mesure n'est pas contraire à la CEDH. Le TF a rappelé que la garde à vue n'intervient qu'en dernière extrémité, après d'autres mesures restées infructueuses (obligation de se présenter à la police, interdiction de périmètre...).³⁶ Par ailleurs, la Suisse n'étant pas seule à connaître le problème de la violence dans les stades, ce nouveau concordat lui permet de remplir ses obligations internationales. Le 3 décembre 2010, le TF a également et pour les mêmes arguments rejeté les recours déposés contre l'adhésion des cantons de Lucerne, Tessin, Bâle-Ville et Bâle-Campagne à ce concordat.³⁷

Les coûts engendrés par la sécurité lors de manifestations sportives ont connu une hausse vertigineuse; dans le canton de Berne, ils sont passés de CHF 200'000.- en 2002 à plus de 4 mio en 2010. Face à l'augmentation des actes de violence ces dernières années et aux difficultés croissantes de prendre en charge les coûts de sécurité, la CCDJP, l'Association suisse de football et la Swiss Football League ont mis au point une convention modèle qui répartit les responsabilités de la sécurité dans et autour des stades, fixe les mesures à prendre et surtout règle la participation de chacun aux frais.³⁸ La convention fixe également des règles sévères, voire impopulaires, concernant l'alcool. A l'avenir, seule la bière légère, jusqu'à 3% de volume, sera autorisée. Une interdiction d'alcool générale est même prévue pour les matchs à haut risque, dans le secteur réservé aux visiteurs. Ces derniers seront notamment accompagnés dans tous leurs déplacements par des observateurs de la police en civil et des personnes munies de caméras. Cette convention n'a pas de caractère obligatoire, mais la CCDJP est convaincue de son succès. Les clubs manquent cependant d'enthousiasme.³⁹

Dans le même ordre d'idées, 2010 a vu naître le projet d'un corps de police intercantonale de 300 policiers pour lutter contre les hooligans, une idée des commandants de police de Suisse.⁴⁰

4.1.3 *Gefährliche Hunde – Chiens dangereux*

Le 6 décembre 2010, le Conseil national a enterré le projet de loi fédérale sur les chiens dangereux par 95 voix contre 81 et 7 abstentions (BO 2010 N 1845).⁴¹ Il a refusé la proposition de la conférence de conciliation qui demandait de sacrifier les interdictions cantonales de molosses, confirmant ainsi la ligne qu'il avait suivie, à savoir laisser les cantons prendre des mesures plus strictes que la loi fédérale. Onze d'entre eux ont déjà établi des listes de races potentiellement dangereuses. Certains, comme Genève et Valais, ont décrété des interdictions. D'autres, comme Vaud ou Fribourg, ont introduit l'obligation d'un permis pour détenir un molosse. Le Conseil des Etats estimait de son côté qu'il ne devrait y avoir qu'une seule législation dans tout le pays, sans exception cantonale. Seule restait la question du nouvel article constitutionnel permettant à la Confédération de légiférer sur «la protection de l'être humain contre les blessures provoquées par des animaux gardés par l'être humain». Cet article, qui devait servir de base légale à la loi, avait déjà été adopté par les deux Chambres, mais il a été rejeté en votation finale le 17 décembre 2010 (BO 2010 N 2180, BO 2010 E 1352).⁴²

4.1.4 *Schutz vor dem Passivrauchen – Lutte contre la fumée passive*

Dans un autre domaine où il est difficile de trouver l'équilibre entre laxisme et rigueur, le Conseil fédéral a fixé au 1^{er} mai 2010 l'entrée en vigueur de la *Loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif* du 3 octobre 2008 (RS 818.31). Celle-ci pose comme principe une interdiction de fumer dans les espaces servant de lieux de travail à plusieurs personnes ainsi que dans les lieux fermés accessibles au public, comme les centres commerciaux, les cinémas, les installations sportives ou les restaurants. Les locaux à usage privé ne sont pas concernés. La législation contient cependant des exceptions. Ainsi, bars et restaurants pourront se déclarer établissements fumeurs pour autant qu'ils ne dépassent pas 80 mètres carrés, l'entrée, les vestiaires ou les toilettes étant compris dans cette surface. Il sera également possible de fumer, si le règlement de maison le prévoit, dans les chambres d'hôtels ou de maisons de retraite ainsi que dans les cellules de prison. La loi autorise en outre l'installation de fumeurs, avec service assuré par des employés ayant donné leur accord. Que ce soit pour les zones fumeurs ou les établissements entièrement fumeurs, l'aval du personnel devra avoir été donné par écrit. Face aux critiques des restaurateurs, le Conseil fédéral a assoupli

l'ordonnance d'application, qui ne mentionne plus les terrasses et autres tentes. Ainsi, le projet d'ordonnance d'octobre 2009⁴³ assimilait à des lieux fermés les espaces dont moins de la moitié de la surface du toit ou des parois latérales est ouverte à l'air libre, quel que soit le matériau de la cloison ou le caractère permanent ou temporaire de celle-ci. Ces précisions ont été biffées et il appartiendra aux cantons de trancher les cas particuliers. Concernant les fumoirs, le Conseil fédéral n'exige plus de porte à fermeture «automatique» (on parle désormais de fermeture «autonome», art. 4 al. 1 lit. a OPTP) ni un système de ventilation mécanique (une ventilation «adéquate» suffira, également pour un établissement fumeur).

Dans bien des cas, la loi fédérale ne provoquera aucun changement. Elle autorise en effet les cantons à édicter des réglementations plus sévères. Quinze d'entre eux, dont Berne, Genève, Neuchâtel, Fribourg, Vaud et Valais, représentant en tout 75% de la population suisse, ont déjà adopté des législations plus strictes. Parmi les irréductibles réfractaires à l'interdiction de fumer, qui devront eux se plier aux règles nationales, figure le Jura.

La question reste controversée. La ligue pulmonaire, membre d'une alliance baptisée « Protection contre le tabagisme passif », a ainsi déposé une initiative populaire homonyme le 18 mai 2010, munie de 133'000 signatures, pour exiger une interdiction stricte dans tout le pays. Le Conseil fédéral a discuté de cette initiative pour la première fois lors de sa séance du 17 novembre 2010, décidant de recommander le rejet de l'initiative sans contre-projet.⁴⁴

Le 13 juin 2010, les citoyens de Soleure ont dit non à 66 pour-cent à une initiative demandant un retour à une solution plus libérale que celle qui avait été adoptée en votation populaire cantonale le 26 novembre 2006. De son côté, le TF a refusé d'invalider l'art. 4 al. 1 lit. a du Règlement d'application relatif à la LIF (RIF; RSG K 1 18.01) adopté par le Conseil d'Etat genevois et qui prévoit une exception à l'interdiction de fumer pour « les fumoirs clos et correctement ventilés ».⁴⁵

4.1.5 *Risikosportarten – Sports à risque*

Le 17 décembre 2010, après dix ans de travaux initiés par l'accident de canyoning qui avait fait 21 morts dans le Saxetbach (BE) en 1999, les Chambres fédérales ont adopté, lors du vote final, la *Loi fédérale sur les guides de montagne et les organisateurs d'autres activités à risque* (FF 2010 8215).⁴⁶ Ce texte encadre les activités sportives à risque pratiquées dans des sites montagneux et des cours d'eau, et il soumet les prestataires commerciaux à autorisation. Initialement prévue pour 2012, son entrée en vigueur a été reportée au 1er janvier 2013, la plupart des cantons ne pouvant pas garantir l'adaptation de leurs législations pour cette date.⁴⁷

La nécessité de légiférer a donné lieu à une bataille entre les parlementaires des villes et les élus des cantons alpins. Les premiers ne voyaient pas l'utilité de créer une loi sur la base d'un fait divers tandis que les seconds voulaient une réglementation fédérale. Les élus se sont montrés si divisés que la loi a été adoptée au National par 83 voix contre 82 (BO 2009 N 1778). Face aux tergiversations de Berne, les prestataires des sports à risques avaient fini par s'autoréguler, en adoptant le label «Safety in adventures» auquel 60% des sociétés étaient associées. Sept cantons, dont Valais et Vaud, s'étaient également dotés de règlements. La nouvelle loi a pour but de les remplacer et de créer les mêmes bases pour tout le territoire ; celles-ci s'appliqueront aux sports à risques proposés à titre lucratif en montagne et sur les rivières. Toutes les activités offertes par des guides de montagne ainsi que le rafting, le canyoning et le saut à l'élastique y seront soumis. Pour proposer ces activités, les personnes et les sociétés devront obtenir une autorisation de la part du canton. Elle sera valable dans tout le pays. Ils devront également contracter une assurance responsabilité civile dotée d'une couverture adaptée aux risques encourus.

4.2 Bildung und Erziehung – Instruction publique

Im Fokus kantonaler Reformbemühungen steht weiterhin der Bereich der **Bildung und Erziehung**. So kamen hierzu auch im letzten Jahr mehrere Vorlagen vor das Volk. Immer bedeutsamer werden auf diesem Gebiet interkantonale Vereinbarungen (vgl. dazu Kap. 5). Der Beitritt zu interkantonalen Vereinbarungen bedarf zudem regelmässig der Anpassung des innerkantonalen Rechts. Dies war im untersuchten Zeitraum (Mai 2010 bis April 2011) in zwei Kantonen der Fall:

- Der Kanton Basel-Landschaft musste mehrere Regelungen seines Bildungsgesetzes in Einklang mit den Vorgaben des interkantonalen Rechts bringen. Mit dem Beitritt zum Harmos-Konkordat wurden vor allem Bestimmungen über die Volksschule revidiert.⁴⁸ Der Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik (vgl. hierzu Kap. 5.1) zog dagegen vor allem gewisse begriffliche Anpassungen nach sich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang aber die Verankerung des Grundsatzes der vorzugsweise integrativen Schulung auf Gesetzesebene.⁴⁹ Ebenfalls geändert wurden Bestimmungen des Bildungsgesetzes aufgrund der Regierungsvereinbarung Bildungsraum Nordwestschweiz;⁵⁰ in diesem Bereich betreffen die Neuerungen die Verlängerung der Dauer des Gymnasiums von heute dreieinhalb auf vier Jahre sowie – als gemeinsames Instrumentarium für Leistungsvergleiche – die gesetzliche Verankerung einer Aufgaben-Datenbank, von Leistungsmessungen und eines Abschlusszertifikats.⁵¹

- Auch der Kanton Basel-Stadt hat im Zuge des Beitritts zum Konkordat Sonderpädagogik innerkantonale Anpassungen vorgenommen. So trat auf Anfang 2011 die Sonderpädagogikverordnung⁵² in Kraft, welche die Organisation der Förderung für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf regelt.

Ferner beschäftigten sich vier Kantone mit der Frage der Kinderbetreuung. Im Kanton Genf wurde neu auf Verfassungsebene festgelegt, dass Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter für jeden Schultag Anspruch auf einen Platz in Tagesschulen haben.⁵³ Dem Zürcher Volk wurden zu dieser Thematik zwei Varianten zur Abstimmung vorgelegt. Die Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja», welche abgelehnt wurde, verlangte, dass Kanton und Gemeinden gemeinsam für ein nachfragegerechtes Angebot für Kinder im Vorschul- und im Schulbereich sorgen, welches durch Elternbeiträge und Beiträge von Kanton und Gemeinden zu finanzieren ist. Der angenommene Gegenvorschlag geht hingegen weniger weit und knüpft an die im Volksschulbereich bereits bestehenden Regelungen zu den familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen an.⁵⁴ In den Kantonen Basel-Stadt und Solothurn wurden schliesslich zwei Volksinitiativen zur Kinderbetreuung am 13. Februar 2011 vom Volk verworfen.

Im Kanton St. Gallen ist die Verfassungsinitiative «**Freie Schulwahl auf der Oberstufe**» gescheitert. Hiermit sollte einerseits den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, für ihre Kinder die öffentliche Oberstufenschule frei (unabhängig von Wohn- und Schulort) auszuwählen; andererseits hätte der Staat verpflichtet werden sollen, den Eltern die Durchschnittskosten für die öffentliche Schule zu bezahlen, falls diese ihre Kinder in eine private Oberstufe schicken würden.

4.3 Wirtschaft und Finanzen – Économie et finances

In den Kantonen Freiburg⁵⁵, Glarus⁵⁶ und Waadt⁵⁷ sind auf den 1. Januar 2011 neue **Finanzausgleichsgesetze** in Kraft getreten. Im Zentrum steht dabei die Einführung eines direkten Finanzausgleichs mit einem Ressourcen- und einem Lastenausgleich. Der Ressourcenausgleich soll die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden begrenzen, während der Lastenausgleich jene Gemeinden unterstützt, die aufgrund struktureller Gegebenheiten übermässig hohe und spezielle Lasten zu tragen haben. Im Kanton Graubünden wurde das Mantelgesetz über die Bündner Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) in der Abstimmung vom 7. März 2010 knapp verworfen, weshalb auf den 1. Januar 2011 lediglich einige Anpassungen in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (ABzFAG) in Kraft getreten sind. Kleinere Revisionen sind auch in anderen Kantonen zu verzeichnen, so z.B. im

Kanton Nidwalden⁵⁸ infolge der Steuerrechtsrevision oder in den Kantonen Appenzell Innerrhoden,⁵⁹ Jura⁶⁰ und Solothurn.⁶¹

Im Kanton Basel-Stadt wurde sowohl die kantonale Initiative für ein griffiges **Finanzreferendum** (Finanzreferendums-Initiative) als auch der Gegenvorschlag des Grossen Rates in der Abstimmung vom 13. Februar 2011 deutlich abgelehnt. Im Kanton Luzern wurde der Finanzhaushalt neu geregelt.⁶²

Sehr aktiv sind die Kantone im Bereich der **Steuergesetzgebung**. Eine Totalrevision ist im Kanton Uri vorgenommen worden,⁶³ während in den meisten anderen Kantonen – unterschiedlich umfangreiche – Teilrevisionen im Rahmen längerfristiger Entwicklungen zu verzeichnen sind. Da weiterhin der Steuerwettbewerb als Antriebsfeder wirkt, umfassen die Revisionen oft Massnahmen zum Ausgleich der kalten Progression, beispielsweise durch Erhöhung des Versicherungsabzugs, Entlastungen bei Kapitaleistungen aus Vorsorge oder Anpassungen der Erbschafts-, Schenkungs-, Vermögens- oder Gewinnsteuer (z.B. AI,⁶⁴ BE,⁶⁵ FR,⁶⁶ GL,⁶⁷ NW,⁶⁸ LU, SZ,⁶⁹ VS⁷⁰). In Bezug auf die abzugsfähigen Kinderbetreuungskosten wird das Bundesrecht eine gewisse Harmonisierung bringen.⁷¹ Weitere Änderungen im kantonalen Steuerrecht sind zudem auf den Vollzug des Bundesrechts zurückzuführen, wie beispielsweise die Unternehmenssteuerreform II des Bundes⁷² (z.B. BL, FR,⁷³ GL, GR,⁷⁴ LU, NW,⁷⁵ SG,⁷⁶ SO,⁷⁷ TG,⁷⁸ SZ,⁷⁹ VS,⁸⁰ ZH⁸¹). In den Kantonen Zug⁸² und Obwalden⁸³ ist eine grössere Revision für 2012 vorgesehen.

In einigen Kantonen wurde die Einführung einer sog. **Flat-rate-tax** abgelehnt (AI, GL, TG⁸⁴). Knapp gescheitert ist sodann die **Abschaffung der Pauschalsteuer** in den Kantonen Glarus⁸⁵ und Thurgau.⁸⁶ Volksinitiativen zur Abschaffung der Pauschalsteuer sind zurzeit noch in den Kantonen Bern und St. Gallen hängig.⁸⁷

Im Kanton Zürich wurde mit Wirkung auf den 1. Januar 2011 neu ein Steuerrekursgericht eingeführt.⁸⁸ Eine weitere Revision des Steuergesetzes wurde an der Abstimmung vom 15. Mai 2011 knapp abgelehnt. Im Kanton Luzern wurde das Einsichtsrecht in Steuerdaten durch Privatpersonen abgeschafft. Im Kanton Bern wurde die Besteuerung der Strassenfahrzeuge neu geregelt, wobei an der Abstimmung vom 13. Februar 2011 dem Volksvorschlag gegenüber dem Vorschlag des Grossen Rats mit 50,4% der Stimmen der Vorzug gegeben wurde.⁸⁹

4.4 Planungs- und Baurecht – Aménagement du territoire et droit de la construction

Im Bereich des Planungs- und Baurechts sind in den Kantonen Uri und Glarus Totalrevisionen abgeschlossen, allerdings noch nicht in Kraft getreten. Zwei weitere Totalrevisionen sind in den Kantonen St. Gallen und Thurgau hängig. Eine grössere Revision ist im Kanton Schaffhausen am 1. Januar 2011 in Kraft getreten, eine weitere ist im Kanton Zug im Gang.

Der Kanton Uri schafft insbesondere die Möglichkeit des Kantons, beschränkte Nutzungspläne für die Koordination der kommunalen Planungen oder zur Sicherung von im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen zu erlassen. Neu werden zudem kommunale Regelungen über Erst- und Zweitwohnungsanteile zugelassen (Art. 89 PBG) und die Bauherrschaft hat neu das Recht, einen verbindlichen Vorbescheid über Grundsatzfragen zu verlangen.

Im Kanton Glarus⁹⁰ nehmen die anlässlich der Gemeindestrukturereform neu gebildeten drei Gemeinden zusätzliche Aufgaben im Bewilligungsverfahren und in der Leitung koordinationspflichtiger Verfahren wahr. Weitere Neuerungen betreffen die Einführung der Pflicht zur kommunalen Richtplanung und die Verankerung des Überbauungsplans als Instrument der Sondernutzungsplanung. Als Instrument gegen die Baulandhortung können die Gemeinden Vereinbarungen mit Privaten über Planungswertausgleich, fristgerechte Überbauung oder Kaufrecht der Gemeinde abschliessen. Weitergehende Instrumente wie gesetzliches Kaufrecht der Gemeinde, Bauverpflichtung und Planungsmehrwertabgeltung wurden hingegen abgelehnt.

Besonders erwähnenswert sind im Weiteren folgende kantonale Entwicklungen im Planungs- und Baurecht:

- Im Kanton Genf ist auf den 1. Januar 2011 eine Regelung zum Ausgleich planungsbedingter Mehrwerte in Kraft getreten.⁹¹ Damit ist Genf nach den Kantonen Basel-Stadt und Neuenburg erst der dritte Kanton, der nicht nur den vom Bundesrecht vorgeschriebenen Ausgleich für erhebliche Nach-, sondern auch für Vorteile, die durch Planungen nach dem Raumplanungsgesetz entstehen (Art. 5 Abs. 1 RPG), vorschreibt. Bestrebungen, solche Ausgleichsmechanismen zu schaffen, bestehen ferner in den Kantonen Tessin, Appenzell Innerrhoden oder – im Rahmen der laufenden Totalrevision – im Kanton Thurgau.
- In den Kantonen Schaffhausen und Nidwalden wurde das Thema der Energienutzung aufgegriffen. Während im Kanton Schaffhausen bei Neubauten und Erweiterungen von bestehenden Bauten höchstens 80 % des zulässigen Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nicht erneuerbaren Energien gedeckt werden dürfen,⁹² vermittelt im Kanton Nidwalden die Einhaltung eines erhöhten und zertifizierten Qualitätsstandards Vorteile hinsichtlich Bauziffer oder Geschosshöhe.⁹³ In beiden Kantonen werden Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie auf Dächern im Baubewilligungsverfahren privilegiert.

- Im Kanton Schaffhausen sind Mobilfunkanlagen in reinen Wohnzonen sowie Dorf-, Kern- und Altstadtzonen nur bewilligungsfähig, wenn kein Standort in einer anderen Zone möglich ist. Von den Mobilfunkbetreibern kann überdies eine Standortevaluation verlangt werden.⁹⁴ Im Kanton Basel-Landschaft können die Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen Zonen festlegen, in denen keine oder lediglich nicht sichtbare Mobilfunkanlagen zulässig sind.⁹⁵ Die Mobilfunkbetreiber müssen jährlich über den Stand der Netzplanung informieren.⁹⁶
- Der Kanton Basel-Stadt hat auf den 1. Mai 2010 ein Fahrtenmodell in Kraft gesetzt,⁹⁷ wonach die zulässige Zahl der Abstellplätze für Personenwagen und die Zahl der pro Jahr zulässigen Fahrten für verkehrsintensive Einrichtungen per Verordnung festzulegen ist. Der Eigentümer hat jährlich Bericht zu erstatten; bei Überschreitung der bewilligten Fahrtenzahl werden Abgaben erhoben.

Änderungen hat auch das Bauplanungsrecht im Kanton Bern erfahren, wo insbesondere im Bereich Planung, Verfahren und Rechtsweg Anpassungen vorgenommen wurden.⁹⁸ Weitere kleinere Revisionen betreffen beispielsweise Bauvorschriften im Kanton Genf.⁹⁹ Im Kanton Waadt wird neu bei bewilligungspflichtigen Abbruch- oder Umbauarbeiten für vor 1991 erstellte Bauten eine Asbestabklärung verlangt. Ein weiteres Thema ist in gewissen Kantonen die Digitalisierung der kommunalen Rahmennutzungs- und Erschliessungspläne als digitale Geobasisdaten in einem Geoinformationssystem (GIS-System) (BL,¹⁰⁰ SH¹⁰¹). In institutioneller Hinsicht ist schliesslich auf die Schaffung des Baurekursgerichts im Kanton Zürich hinzuweisen, das die bisherigen vier Baurekurskommissionen ablöst.¹⁰²

5 Interkantonale Vereinbarungen – Conventions intercantionales¹⁰³

5.1 Rechtsvereinheitlichung über Konkordate – Uniformisation du droit par le biais des concordats

Im Vordergrund der Rechtsvereinheitlichung durch Konkordate steht das **Bildungswesen**. Das **Harmos-Konkordat**,¹⁰⁴ welches am 1. August 2009 in Kraft getreten ist, wurde bisher von 15 Kantonen ratifiziert. Seit Mai 2010 haben die Kantone Basel-Stadt, Solothurn und Basel-Landschaft den Beitritt erklärt. In Solothurn und Basel-Landschaft erfolgte die Zustimmung im Rahmen einer Volksabstimmung, in Basel-Stadt auf Beschluss des Grossen Rates. Bei den Stimmbürgern auf Ablehnung gestossen ist das Harmos-Konkordat bislang in sieben Kantonen. Die beabsichtigte Harmonisierung im Bildungswesen stösst bei ländlicheren Kantonen tendenziell auf grösseren Widerstand. Zuletzt versagte das Stimmvolk in Ap-

penzell Ausserrhoden an der Abstimmung vom 13. Juni 2010 seine Zustimmung zu einem Beitritt. Hingegen scheiterte am 28. November 2010 im Kanton Schaffhausen eine von der SVP initiierte Volksinitiative, die einen Ausstieg aus dem Konkordat erzwingen wollte. Zum heutigen Zeitpunkt haben 22 Kantone das Beitrittsverfahren abgeschlossen. Ausstehend sind die Kantone Aargau, Appenzell Innerrhoden, Obwalden und Schwyz, welche das Verfahren aus unterschiedlichen Gründen zurzeit sistiert haben. Auf den ersten Blick droht somit das angestrebte Ziel eines schweizweit vereinheitlichten Bildungsraums zu scheitern. Der formale Beitritt zum Harnos-Konkordat sagt allerdings nicht viel über die tatsächliche Vereinheitlichung der Schulsysteme aus. Manche Kantone, die einen Beitritt abgelehnt oder sistiert haben, erfüllen bereits heute zentrale inhaltliche Forderungen des Konkordats.¹⁰⁵ Eine nähere Beurteilung, wo die Kantone bei der Harmonisierung der obligatorischen Schule stehen, ist erst nach der Umsetzungsphase von Harnos im Juli 2015 vorgesehen.

Eine weitere Harmonisierung fand im Bereich der **Sonderpädagogik** statt. Seit dem 1. Januar 2008 tragen die Kantone die alleinige fachliche, rechtliche und finanzielle Gesamtverantwortung für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die sonderpädagogischen Massnahmen von der eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) mitfinanziert und mitgeregelt. Der NFA brachte in diesem Bereich einen Aufgabentransfer. Die *interkantonale Vereinbarung vom 25. Oktober 2007 über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik* ist auf den 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Mit dem Konkordat wird erstmals ein gesamtschweizerischer Rahmen für die wichtigsten Massnahmen in diesem Bereich geschaffen. Bislang haben zwölf Kantone ihren Beitritt erklärt.¹⁰⁶

Ebenfalls Gegenstand von Vereinheitlichungsbemühungen bildet das **Stipendienwesen**. Die Leistung von Stipendien erfolgt bislang auf Basis der unterschiedlichen kantonalen Stipendiengesetzgebungen. In den vergangenen Jahren haben sich diese Gesetze teilweise angeglichen, was auf ein 1997 von der EDK erarbeitetes Mustergesetz mit empfehlendem Charakter zurückzuführen ist. Am 18. Juni 2009 verabschiedete die EDK die *interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen*.¹⁰⁷ Mit diesem Konkordat sollen erstmals auf interkantonomer Ebene verbindliche Regelungen im Stipendienbereich geschaffen werden. Das Inkrafttreten der Vereinbarung setzt den Beitritt von mindestens zehn Kantonen voraus. Bis Ende April gaben sechs Kantone eine Beitritts-erklärung ab.¹⁰⁸ In einigen Kantonen ist der Ratifikationsprozess bereits fortgeschritten, sodass in naher Zukunft mit dem Inkrafttreten zu rechnen ist.

Unter dem Titel der Harmonisierung ist sodann das am 12. November 2010 von der KKJPD verabschiedete **Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen**

zu erwähnen.¹⁰⁹ Die Zulassung privater Sicherheitsunternehmen wird in den Kantonen sehr unterschiedlich gehandhabt. In den meisten Kantonen fehlt es bislang an gesetzlichen Vorschriften, welche die Zulassung von privaten Sicherheitsunternehmen regeln. Das Konkordat unterstellt nun die Ausübung der Tätigkeit als Sicherheitsangestellter der Bewilligungspflicht.¹¹⁰ Bewilligungspflichtig sind zudem das Führen und der Betrieb eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigniederlassung sowie der Einsatz von Diensthunden.¹¹¹ Beigetretenen Kantonen steht es frei, strengere Regelungen vorzusehen, soweit diese mit dem Freizügigkeitsabkommen und dem Binnenmarktgesetz in Einklang sind.¹¹² Die KKJPD setzt dieses Konkordat in Kraft, sobald ihm fünf Kantone beigetreten und die Vorbereitungen für den Vollzug abgeschlossen sind.¹¹³ In diversen Kantonen ist das entsprechende Beschlussverfahren im Gange. Da bei einem Beitritt jeweils die bestehenden kantonalen Polizeigesetze und Vollzugsverordnungen angepasst werden müssen, ist mit einem Inkrafttreten frühestens im Jahr 2012 zu rechnen.

Die **Interkantonale Vereinbarung vom 22. September 2005 über die Harmonisierung der Baubegriffe** (IVHB) ist am 26. November 2010 in Kraft getreten. Sie vereinheitlicht die Definitionen von formellen Baubegriffen und Messweisen (z.B. Abstände, Geschosse, Längenbegriffe und Nutzungsziffern). Diese Ausdrücke sind künftig in allen Konkordatskantonen gleich zu verstehen. Das Interesse in den Kantonen an einer Partizipation hielt sich lange Zeit in Grenzen. Bis Mitte 2010 hatten lediglich fünf Kantone einen Beitritt beschlossen.¹¹⁴ Mit dem Beitritt des Kantons Thurgau konnte schliesslich das erforderliche Quorum für das Inkrafttreten erreicht werden.¹¹⁵ Seither sind Neuenburg und Schaffhausen der Vereinbarung beigetreten.

5.2 Interkantonale Koordination der Aufgabenerfüllung – Coordination

intercantonale en matière d'exécution

Bedeutende interkantonale Koordinationsbestrebungen sind insbesondere im **Polizeiwesen** festzustellen. Bereits im Mai 2003 wurde die Kantonspolizei Bern von der KKJPD beauftragt, im Sinne eines Pilotversuchs das sogenannte **Violent Crime Linkage Analysis System** (ViCLAS) zu betreiben, das in Kanada von der Royal Canadian Mounted Police entwickelt wurde. Hierbei handelt es sich um ein computergestütztes Analysesystem, das polizeiliche Daten zusammenführt und im Sinne einer operativen Fallanalyse verarbeitet. Die Analyse erfolgt aufgrund der Muster von Straftaten und der Verhaltensmerkmale von erfassten Täterinnen und Tätern. Die KKJPD beschloss nun, das System definitiv einzuführen, und genehmigte am 2. April 2009 den Text des ViCLAS-Konkordates. Das Konkordat ist am 1. Mai 2010 in Kraft getreten und wurde bereits von der Mehrzahl der Kan-

tone ratifiziert. ViCLAS soll zu einer effizienteren Bekämpfung von seriellen Gewalt- und Sexualdelikten beitragen. Mit dem Betrieb von ViCLAS werden ausschliesslich bestehende Ermittlungsdaten aus kommunalen beziehungsweise kantonalen polizeilichen Untersuchungen kantonsübergreifend verarbeitet und analysiert. Durch das Konkordat wird der interkantonale Daten- und Informationsaustausch in diesem sensiblen Bereich sichergestellt.

Auch aus der Zentralschweiz sind diverse Neuerungen im Bereich der **interkantonalen Polizei-Zusammenarbeit** zu vermelden, die von der Zentralschweizer Polizeidirektorenkonferenz (ZRK) ausgearbeitet worden sind. Zu erwähnen ist namentlich die interkantonale *Vereinbarung über die Zusammenarbeit der kantonalen Polizeikorps im Bereich Logistik*, die seit dem 2. Oktober 2011 in Kraft ist. Im Weiteren ist am 30. November 2010 bzw. am 13. Januar 2011 (II. Abschnitt: Unterstützungspflichten) das *Konkordat vom 6. November 2009 über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz*¹¹⁶ in Kraft getreten, nachdem die Parlamente in den sechs involvierten Kantonen ihre Beitrittserklärung abgegeben hatten. Schliesslich wurde von der ZRK auf den 1. April 2011 die *interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Bereichen Ordnungsdienst und Intervention* in Kraft gesetzt.

Schliesslich sind auch interkantonale Koordinationsbestrebungen im **Hochschulbereich** zu erwähnen. Der am 21. Mai 2006 angenommene sog. «Hochschulartikel» (Art. 63a BV) sieht vor, dass der gesamte Hochschulbereich (universitäre Hochschulen sowie Fachhochschulen, zu denen auch die pädagogischen Hochschulen gehören) künftig von Bund und Kantonen nach einheitlichen Vorgaben gemeinsam gesteuert wird. Obschon die Autonomie der Hochschulen und ihrer Träger erhalten bleibt, besteht zur Umsetzung dieser neuen Konzeption sowohl auf Bundesebene als auch im Bereich des interkantonalen Rechts Regelungsbedarf. Das Gesetzgebungsverfahren für ein *Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)* ist seit geraumer Zeit im Gang. Zudem ist die Erziehungsdirektorenkonferenz mit der Erarbeitung eines *Konkordats über den Hochschulbereich und die Neuregelung der Hochschulfinanzierung* betraut. Dieses soll die Beteiligung der Kantone an der gemeinsamen Steuerung des Hochschulbereichs rechtlich sicherstellen und die interkantonale Finanzierung durch einheitliche Grundsätze gestalten. Was die Koordination im Hochschulbereich anbelangt, wird sich die interkantonale Vereinbarung auf das erwähnte Bundesgesetz stützen. Sie wird deshalb erst auf der Basis des HFKG definitiv ausgearbeitet werden können.¹¹⁷ Des Weiteren ist eine *Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über den Hochschulbereich* geplant.

5.3 Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gemäss IRV – Collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges selon l'ACI

Wesentliche Entwicklungen sind vor allem im Bereich der **Kultureinrichtungen** von überregionaler Bedeutung zu beobachten (Art. 48a Abs. 1 lit. d BV).¹¹⁸ In der Ostschweiz haben die Kantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden am 24. November 2009 in diesem Zusammenhang ein Konkordat beschlossen. Damit werden die bisher freiwillig geleisteten Beiträge der beteiligten Nachbarkantone an das durch den Kanton St. Gallen erbrachte Kulturangebot auf eine verbindliche gesetzliche Grundlage gestellt. Die involvierten Kantone verpflichten sich, jährlich einen bestimmten Betrag für den Betrieb der Genossenschaft «Konzert und Theater St. Gallen» zu leisten. Mit den Beitrittserklärungen des Standortkantons St. Gallen¹¹⁹ sowie des Kantons Thurgau ist das Konkordat per 1. Januar 2011 in Kraft getreten.¹²⁰ In Appenzell Ausserrhoden wurde der Beitritt zur Vereinbarung in der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 knapp mit einem Ja-Stimmenanteil von 51 % bestätigt. In Appenzell Innerrhoden hat der Grosse Rat am 25. Oktober 2010 einstimmig den Beitritt zum Konkordat beschlossen. Dieser Schritt wurde am 2. Mai 2011 von der Landsgemeinde abgesegnet.

Im Raum Basel bewegt seit geraumer Zeit die Finanzierung der Genossenschaft «Theater Basel» die Gemüter. Am 23. September 2010 beschloss der Landrat des Kantons Basel-Landschaft einen Finanzierungskredit zugunsten der Theatergenossenschaft für die Spielzeiten 2011/12 bis 2014/15 in der Höhe von insgesamt 17 Mio. Franken. Gegen diesen Beschluss kam das Referendum zu Stande. An der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 wurde der Finanzierungskredit schliesslich von der Stimmbürgerschaft mit 51 % verworfen.

Institut für Föderalismus der Universität Freiburg/Institut du Fédéralisme de l'Université de Fribourg; E-Mail: infor@federalism.ch

Notes/Anmerkungen

- Am vorliegenden Beitrag haben unter der Leitung von Prof. Bernhard Waldmann und Jürg Bickel, lic. iur., Rechtsanwalt, folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgewirkt: Markus Gredig, lic. iur., Rechtsanwalt; Hannah Kauz, MLaw; Nicolas Schmitt, Dr. iur.; Andre Spielmann, MLaw, Rechtsanwalt.
- 1 Vgl. zu den Entwicklungen im Zeitraum zwischen Juni 2008 und April 2010 LeGes 2010/2, S. 231–254, zwischen Juni 2007 und Mai 2008 LeGes 2008/2, S. 325–336 und für die Zeitspanne zwischen Sommer 2005 und Frühjahr 2006 LeGes 2006/2, S. 183–203.
 - 2 Quelle LexFind (www.lexfind.ch).
 - 3 Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass am 15. Mai 2011 im Kanton Schwyz die Totalrevision der Kantonsverfassung vom Volk angenommen worden ist. Diese Abstimmung fällt jedoch nicht in den hier berücksichtigten Zeitraum. Die Totalrevision wurde aus Gründen der Verständlichkeit und Aktualität als nötig erachtet, da der alte Verfassungstext aus dem Jahr 1898 stammt. Im Sinne einer Kernverfassung wird neu hauptsächlich aufgeführt, welche Rechte die Bürgerschaft besitzt, wie Kanton, Bezirke und Gemeinden organisiert sind und welche Aufgaben die Behörden erfüllen; vgl. die weitergehenden Informationen auf http://www.sz.ch/xml_1/internet/de/application/d999/d960/d31/f24191.cfm (besucht am 30.5.2011).
 - 4 Am 19. Oktober 2008 hat das Genfer Stimmvolk den Verfassungsrat («assemblée constituante») gewählt, der dem Volk innert vier Jahre eine totalrevidierte Kantonsverfassung vorzulegen hat; der aktuelle Stand des Verfahrens ist abrufbar unter <http://www.ge.ch/legislation/faq/f/constituante.html> (besucht am 30.5.2011).
 - 5 Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO; SR 312.0); Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung, JStPO; SR 312.1); Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, ZPO; SR 272).
 - 6 Im Kanton Appenzel Auser rhoden wurden den Stimmberechtigten zwei Varianten zur Frage, wer die Mitglieder des Obergerichts wählen soll, unterbreitet. Die erste Variante sieht den Kantonsrat als Wahlorgan vor, die zweite die Stimmberechtigten selbst. Beide Varianten wurden vom Volk angenommen, wobei bei der Stichfrage die zweite Variante obsiegt hat.
 - 7 Vgl. dazu neu § 103 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Aargau (Änderung noch nicht in Kraft getreten, angenommen in der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011).
 - 8 Décret du 26 janvier 2010 portant la modification de la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Introduction du système proportionnel pour l'élection de la députation du canton au Conseil des Etats suisse), angenommen in der Volksabstimmung vom 26. September 2010.
 - 9 § 27 Abs. 4 Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987 (Fassung vom 27. Oktober 2010, angenommen in der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011, in Kraft seit dem 1. März 2011).
 - 10 Vgl. Art. 139b Abs. 2 BV.
 - 11 Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 2.9.2009 (09.258), S. 16 ff.
 - 12 Protokoll der Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Appenzell I.Rh. an der Session vom 14.6.2010, S. 22 ff.
 - 13 Medienmitteilung der grossrätlichen Kommission für Staatspolitik und Strategie vom 31.1.2011; Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 8/2010-2011, S. 668 ff.
 - 14 Zum Ganzen NZZ Nr. 279 vom 30.11.2010, S. 14; Bericht Nr. 225 des Staatsrats an den Grossen Rat über die territoriale Gliederung des Kantons Freiburg vom 16.11.2010.
 - 15 NZZ Nr. 296 vom 20.12.2010, S. 9.
 - 16 Vgl. zum Ganzen Stöckli/Meier, 2011, S. 206 ff.
 - 17 Vgl. auch NZZ Nr. 294 vom 17.12.2010, S. 12; NZZ Nr. 143 vom 24.6.2010, S. 13.
 - 18 NZZ Nr. 294 vom 17.12.2010, S. 12; vgl. auch NZZ Nr. 86 vom 11.4.2010, S. 11, NZZ Nr. 143 vom 24.6.2010, S. 13, und NZZ Nr. 272 vom 2.11.2010, S. 7.
 - 19 Vgl. hierzu <http://www.metropolitanregion-zürich.ch>.
 - 20 Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB), Medienmitteilung vom 18.6.2010; vgl. die Übersicht über die bestehenden Institutionen auf http://www.regbas.ch/d_aktivitaeten_kooperationsraum.cfm (besucht am 30.5.2011).
 - 21 NZZ Nr. 282 vom 3.12.2010, S. 13; vgl. auch www.hauptstadtregion.ch (besucht am 30.5.2011).
 - 22 Vgl. <http://www.oberrheinkonferenz.org/de> (besucht am 30.5.2011).
 - 23 <http://www.rktow.ch> (besucht am 29.5.2011).
 - 24 Vgl. zum Ganzen Stöckli/Meier 2011, S. 204 ff.
 - 25 Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO; SR 312.0); Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung, JStPO; SR 312.1); Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, ZPO; SR 272).
 - 26 Vgl. zum Ganzen Stöckli/Meier 2011, S. 214 ff.
 - 27 Am 28.02.2011 endete das Vernehmlassungsverfahren mit Bezug auf die entsprechenden Anpassungen auf Verordnungsstufe; vgl. <http://www.bsv.admin.ch> (besucht am 30.5.2011).
 - 28 Vgl. etwa die Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen vom 18.03.2011 auf <http://www.bsv.admin.ch>.
 - 29 <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2010/3863.pdf> (besucht am 30.5.2011).

- 30 A titre d'information, l'exposé des motifs publié par le canton de Vaud : <http://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/organisation/gc/fichiers_pdf/370_Texte_CE.pdf> (consulté le 30 mai 2011).
- 31 Pour le texte du Concordat, le commentaire de la CCDJP et la lettre aux gouvernements cantonaux : <http://www.kkjpd.ch/aktuell_detail.asp?sprache=&ID=403> (consulté le 30 mai 2011).
- 32 10.3045 « Sécurité intérieure. Clarification des compétences » ; pour le texte de la motion : <http://www.parlament.ch/f/suche/pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20103045> (consulté le 30 mai 2011).
- 33 <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/documents/1787/Rapport_Res_Consultation_IPol_fr.pdf> (cobnsulté le 30 Mai 2011). A noter que le 30 mars 2011 le Conseil fédéral a précisé la suite qu'il entendait donner à l'avant-projet de LPol : <<http://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/index.html?lang=fr&msg-id=38327>> (consulté le 30 mai 2011).
- 34 Acronyme d'un système créé par la Police royale montée canadienne et appelé Violent Crime Linkage Analysis System. Le 15 mars 2010, la CCDJP a informé les cantons que, jusqu'à mars 2010, 6 cantons avaient déjà adhéré: Appenzell Rhodes-Intérieures, Neuchâtel, Nidwald, Soleure, Thurgovie et Uri. Depuis lors Berne et Zurich l'ont fait. A titre d'information, le message fribourgeois d'avril 2010 : <http://www.fr.ch/publ/files/pdf21/2007-11_191_message.pdf> (consulté le 30 mai 2011).
- 35 Arrêt 1C_453/2009 du 12 janvier 2010.
- 36 Arrêt 1C_428/2009 du 13 octobre 2010 (ATF 137 I 31).
- 37 Arrêts 1C_16/2010, 1C_94/2010 et 1C_50/2010.
- 38 Concept présenté le 21 mai 2010 à Berne ; cf. texte de la Convention sur le site de la CCDJP : <<http://www.kkjpd.ch/images/upload/100416%20Convention%20modele%20du%209%20avril%202010.pdf>> (vu le 30 mai 2011).
- 39 <<http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Werzahl-tuer-die-Vandalen/story/15275196>> (vu le 30 mai 2011).
- 40 Les problèmes d'effectifs, le respect du fédéralisme et la question du financement ont fait couler le projet le 13 avril 2011 : <<http://www.rsr.ch/#/info/les-titres/suisse/3079406-hooligans-projet-de-corps-de-police-special-enterre.html>> (vu le 30 mai 2011).
- 41 Motion d'ordre Chantal Galladé, revenir sur l'objet 05.453 du lundi 6 septembre 2010 : <http://www.parlament.ch/ab/frameset/f/n/4816/340317/f_n_4816_340317_340649.htm>; cf également : <http://www.parlament.ch/f/suche/pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20050453> (consulté le 30 mai 2011).
- 42 L'article constitutionnel a été rejeté en votation finale par 30 voix contre 3 au CE et 122 contre 54 au CN : <http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4816/344258/d_s_4816_344258_344270.htm> (consulté le 30 mai 2011). A noter que l'ATF 2C_49/2010 du 8 octobre 2010 contient un paragraphe 4.2. rap-pelant le développement de la législation fédérale, en particulier grâce à l'initiative parlementaire de Pierre Kohler. L'ATF 136 I 11 est également consacré à cette question, notamment sous l'angle de la com-pétence des cantons pour édicter des règles de po-lice sur l'élevage des chiens visant à préserver la sé-curité et l'ordre publics (consid. 3).
- 43 <<http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/documents/1762/Ergebnis.pdf>> (consulté le 30 mai 2011).
- 44 Le message correspondant a été adopté le 11 mars 2011 : <<http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=fr&msg-id=38048>> (consulté le 30 mai 2011).
- 45 Les conséquences de l'interdiction sont parfois sur-prenantes ; ainsi les importations de bière se sont accrues, la consommation de bière étrangère pas-sant en une année de 20,5 à 21,5 pour-cent : <<http://www.derbund.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Warum-das-Rauchverbot-den-Schwei-zer-Brauereien-schadet/story/20935372>> (consulté le 30 mai 2011).
- 46 Pour une chronologie de ces interminables travaux : <http://www.parlament.ch/ab/frameset/f/n/4816/344250/f_n_4816_344250_344455.htm> (consulté le 30 mai 2011).
- 47 <<http://www.admin.ch/aktuell/00089/index.html?lang=fr&msg-id=38383>> (consulté le 30 mai 2011).
- 48 Dies betrifft namentlich Änderungen in den Be-reichen der Einschulung, des Kindergartens, die Einführung des sechsten Primarschuljahres, zwei Fremdsprachen an der Primarschule, die Bildungs-ziele sowie die Integration des Kindergartens in die Primarstufe bzw. als Teil der gesamten obligato-rischen Schule; vgl. hierzu neu die §§ 3 Abs. 2 und Abs. 3 lit. a; 7; 7a; 12 Abs. 1 und 3; 16 Abs. 4; 22 Abs. 1-3; 25 Marginalie sowie Abs. 1 und 4; 28 Abs. 2 und 3; 44 Abs. 1 lit. b und f; 62a; 85 lit. j; 107; 107a; 107b; 107c des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002 (Ände-rungen noch nicht in Kraft getreten, angenommen in der Volksabstimmung vom 26. September 2010).
- 49 § 5a Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 (Fassung vom 17. Juni 2010, angenommen in der Volksabstim-mung vom 26. September 2010, in Kraft getreten am 1. Januar 2011).
- 50 Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz vom 1./ 7./ 9./ 15. Dezember 2009; abgeschlossen zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn mit dem Ziel der gemeinsamen Wei-terentwicklung ihrer Bildungssysteme; abrufbar unter <http://www.baselland.ch/fileadmin/basel-land/files/docs/ekd/mitekd/mit-bksd_2009-12-18_vereinbarung.pdf> (besucht am 30.5.2011).
- 51 Vgl. dazu die neuen §§ 41 Abs. 3; 60 Abs. 1, 1bis und 4bis; 62b und 110a des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002 (Änderungen noch nicht in Kraft getreten, an-genommen in der Volksabstimmung vom 26. Sep-tember 2010).

- 52 Verordnung über die Schulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf (Sonderpädagogikverordnung; SPV) vom 21. Dezember 2010 (in Kraft getreten am 1. Januar 2011).
- 53 Article 10A Constitution de la République et canton de Genève du 24 mai 1847 (angenommen in der Volksabstimmung vom 28. November 2010, in Kraft getreten am 21. Dezember 2010).
- 54 §§ 15a und 28a Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz) vom 14. Juni 1981 (Fassung vom 7. Dezember 2009, angenommen in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010, in Kraft getreten am 1. Januar 2011).
- 55 Gesetz vom 16. November 2009 über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG; SGF 142.1); Verordnung vom 1. September 2008 über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2009 und 2010 (SGF 142.11); Verordnung vom 4. Oktober 2010 über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAV; SGF 142.12).
- 56 Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden vom 2. Mai 2010 (Finanzausgleichsgesetz; GS VI A/2/1).
- 57 Loi sur les péréquations intercommunales du 15 juin 2010 (LPIC; RSV 175.51); Décret fixant pour les années 2011 à 2018 les modalités d'application de la loi sur les péréquations intercommunales du 15 juin 2010 (DLPIC; RSV 175.515).
- 58 Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 17. April 2002 (Finanzausgleichsgesetz; NG 512.1).
- 59 Finanzausgleichsgesetz vom 28. April 2002 (FAG; GS 613.000).
- 60 Loi concernant la péréquation financière du 20 octobre 2004 (RSJU 651).
- 61 Gesetz vom 2. Dezember 1984 über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz; BGS 131.71).
- 62 Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen vom 13. September 2010 (FLG; SRL 600); Verordnung zum Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen vom 17. Dezember 2010 (FLV; SRL 600a).
- 63 Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri vom 26. September 2010 (RB 3.2211).
- 64 Steuergesetz vom 25. April 1999 (StG; BS 640.000); Steuerverordnung vom 20. November 2000 (StV; BS 640.010).
- 65 Steuergesetz vom 21. Mai 2000 (StG; BSG 661.11).
- 66 Gesetz vom 6. Mai 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG; SGF 631.1).
- 67 Steuergesetz vom 7. Mai 2000 (GS VI C/1/1).
- 68 Gesetz über die Steuern des Kantons und der Gemeinden vom 22. März 2000 (Steuergesetz, StG; NG 521.1).
- 69 Steuergesetz vom 9. Februar 2000 (SRSZ 172.200).
- 70 Steuergesetz vom 10. März 1976 (SGS 642.1).
- 71 Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern (AS 2010 455; BBl 2009 4729), in Kraft seit 1. Januar 2011.
- 72 Bundesgesetz über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II) vom 23. März 2007 (AS 2008 2893; BBl 2005 4733), in Kraft seit 1. Januar 2009 bzw. 1. Januar 2011.
- 73 Gesetz über die direkten Kantonssteuern vom 6. Mai 2000 (DStG; SGF 631.1).
- 74 Steuergesetz für den Kanton Graubünden vom 8. Juni 1986 (BR 720.000).
- 75 Gesetz über die Steuern des Kantons und der Gemeinden vom 22. März 2000 (Steuergesetz, StG; NG 521.1).
- 76 Steuergesetz vom 9. April 1998 (sGS 811.1).
- 77 Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985 (Steuergesetz; GS 614.11).
- 78 Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern vom 14. September 1992 (Steuergesetz; RB 640.1).
- 79 Steuergesetz vom 9. Februar 2000 (SRSZ 172.200).
- 80 Steuergesetz vom 10. März 1976 (SGS 642.1).
- 81 Verordnung vom 3. November 2010 über den Vollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes (LS 631.19).
- 82 Steuergesetz vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1).
- 83 Steuergesetz vom 30. Oktober 1994 (GDB 641.4).
- 84 Die «Flat-rate-tax»-Vorlage wurde an der Volksabstimmung vom 27. September 2009 verworfen.
- 85 Abstimmung vom 1. Mai 2011.
- 86 Abstimmung vom 15. Mai 2011.
- 87 Im Kanton Zürich wurde eine Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer bereits am 8. Februar 2009 angenommen.
- 88 Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG; LS 631.1); Organisationsverordnung des Steuerrekursgerichts vom 12. November 2010 (OV StRG; LS 631.53); Beschluss des Kantonsrates über den Sitz des Steuerrekursgerichts sowie die Zahl und den Beschäftigungsgrad seiner Mitglieder und Ersatzmitglieder vom 13. Dezember 2010 (LS 631.531).
- 89 Während nach dem Vorschlag des Grossen Rats umweltfreundliche Fahrzeuge steuerlich begünstigt und ineffiziente Fahrzeuge mit einem Zuschlag belastet werden sollten, verlangte der angenommene Volksvorschlag die Senkung der Autosteuer um rund einen Drittel, mit Begünstigungen für effiziente Fahrzeuge und einem Verzicht auf Steuerzuschläge für Fahrzeuge anderer Kategorien.
- 90 Raumentwicklungs- und Baugesetz (RBG) von der Landsgemeinde am 2. Mai 2010 angenommen.
- 91 Art. 30C ff. Loi d'application de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire du 4 juin 1987 (LaLAT; RSG L 1 30).
- 92 Art. 42a Abs. 1 des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen vom 1. Dezember 1997 (Baugesetz; SHR 700.100).
- 93 Art. 183–185 des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht vom 24. April 1988 (Baugesetz; NG 611.1).
- 94 Art. 47a des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen vom 1. Dezember 1997 (Baugesetz; SHR 700.100).

- 95 § 52a des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998 (RBG; SGS 400).
- 96 § 121a Abs. 1 des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998 (RBG; SGS 400).
- 97 § 75a–75c des Bau- und Planungsgesetzes vom 17. November 1999 (BPG; SG 730.100).
- 98 Zum Beispiel Art. 61b, 62, 63 und 102 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG; BSG 721.0).
- 99 Loi sur les constructions et les installations diverses (LCI; RSG L 5 05).
- 100 § 3 Abs. 1 Verordnung zum RBG BL.
- 101 Art. 8 Abs. 4 und 5 Baugesetz (SHR 700.100).
- 102 Beschluss des Kantonsrates über den Sitz des Baurekursgerichts sowie die Zahl und den Beschäftigungsgrad seiner Mitglieder und Ersatzmitglieder vom 13. Dezember 2010 (LS 700.71). Das Baurekursgericht besteht aus 16 Mitgliedern und zwölf Ersatzmitgliedern. Der Beschäftigungsgrad der vier Abteilungspräsidenten beträgt je 25%, derjenige der zwölf weiteren Mitglieder je 12%. Organisationsverordnung des Baurekursgerichts vom 12. November 2010 (OV BRG).
- 103 Die Darstellung beschränkt sich auf die bedeutsamsten rechtsetzenden interkantonalen Vereinbarungen; vgl. zum Ganzen auch ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Monitoring-Bericht, Föderalismus 2010, Bern 2011, S. 19 ff.
- 104 Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom 14. Juni 2007.
- 105 So sind gemäss den jeweiligen Lehrplänen mit Ausnahme von Uri alle Innerschweizer Kantone HarmoS-kompatibel, wenn es um die Anforderungen an den Fremdsprachenunterricht geht. Fremdsprachenkenntnisse werden – wie im Konkordat vorgesehen – bereits ab dem dritten beziehungsweise fünften Schuljahr vermittelt, was in vielen Kantonen, die dem Konkordat beigetreten sind, bislang nicht der Fall war.
- 106 Der aktuelle Stand der kantonalen Beitrittsverfahren ist auf der Website der EDK einsehbar; online abrufbar unter: <http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/sonderpaed/liste_rat_df.pdf> (besucht am 30.5.2011).
- 107 Der Text der interkantonalen Vereinbarung sowie weiterführende Informationen, sind auf der Website der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) einsehbar; online abrufbar unter: <<http://www.edk.ch/dyn/9966.php>> (besucht am 30.5.2011).
- 108 Es handelt sich um die Kantone Basel-Stadt, Freiburg, Graubünden, Neuenburg, Thurgau, Waadt; alle durch Beschlüsse der Legislative im Jahr 2010. Im Kanton Bern hat der Grosse Rat am 30. März 2011 einen positiven Beschluss gefällt. Die entsprechende Referendumsfrist läuft am 28. Juli 2011 ab. Der aktuelle Stand der kantonalen Beitrittsverfahren ist auf der Website der EDK einsehbar; online abrufbar unter: <http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/liste_rat_stip_df.pdf> (besucht am 30.5.2011).
- 109 Vgl. hierzu die Ausführungen vom Institut für Föderalismus im letztjährigen LeGes-Beitrag (2010, S. 246).
- 110 Art. 4 Abs. 1 lit. a des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010.
- 111 Art. 4 Abs. 1 lit. b–d des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010.
- 112 Art. 2 des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010.
- 113 Art. 21 Abs. 1 des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010.
- 114 Graubünden (2006), Bern (2008), Freiburg (2008), Basel-Landschaft (2009) und Aargau (2009).
- 115 Beschluss des Grossen Rates vom 21. April 2010 über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom 22. September 2005 über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB).
- 116 Detaillierte Angaben betreffend Inhalt und Zweck des Konkordats finden sich im letztjährigen Beitrag (Fn. 2).
- 117 EDK, Tätigkeitsprogramm 2008 – 2014, Fortschreibung 2010, S. 8.
- 118 Vgl. hierzu die Ausführungen vom Institut für Föderalismus im letztjährigen LeGes-Beitrag (2010, S. 248).
- 119 Im Kanton St. Gallen lag die Beitrittserklärung allein im Kompetenzbereich der Regierung.
- 120 Vgl. Regierungsratsbeschluss vom 23. November 2010.

Literatur/Bibliographie

- EDK, Tätigkeitsprogramm 2008 – 2014, Fortschreibung 2010.
- Institut für Föderalismus, 2010, Schwerpunkte und Tendenzen in der Rechtsetzung der Kantone / *Quelques éléments marquants de la législation cantonale récente*, *LeGes*, H. 2, S. 231-254.
- Stöckli, Andreas/Meier Thomas, 2011, *Ausgewählte Entwicklungen im Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone im Jahr 2010*, in: Schweizerische Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht (Hrsg.), *Verwaltungsorganisationsrecht – Staatshaftungsrecht – öffentliches Dienstrecht*, Jahrbuch 2010, Bern.